

2012/173
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	21.06.2012	

Betreff

Antrag der UBP-Fraktion vom 3. Juni 2012;
Prüfauftrag zur Verbesserung der Sicherheit auf den Friedhöfen

Beschlussvorschlag

Siehe Antragstext.

Thomas Schmidt
Fraktionsvorsitzender

Sachverhalt

UBP-Fraktion im Rat der Stadt Castrop-Rauxel

Eingang
am 6. JUN. 2012



13

An den
Rat der Stadt Castrop-Rauxel
z. Hd. Herrn Bürgermeister Beisenherz
Europaplatz 1

44575 Castrop-Rauxel

UBP-Fraktionsbüro (Raum 302)
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel, 03.06.2012

Prüfantrag zur Verbesserung der Sicherheit auf den Friedhöfen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

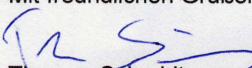
die UB-P-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung ein Modell erarbeitet, welches das Ziel verfolgt, die Sicherheit auf den Friedhöfen in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern. Es sollte geprüft werden, wie hoch die Kosten bei a) einem privaten Sicherheitsdienst, b) von eigenem städtischen Personal und c) bei einer Kooperation mit der ARGE (Maßnahme für arbeitslose Mitbürgerinnen und Mitbürger) sind.

Begründung:

Das Sicherheitsgefühl in unserer Stadt lässt deutlich zu wünschen übrig. Die aktuelle Kriminalitätsentwicklung für 2011 in Castrop-Rauxel zeigt eindeutig nach oben (plus 5,76 % gegenüber 2010). Von den Friedhöfen werden immer wieder Grabschmuck oder sogar feste Bestandteile (Kerzenständer usw.) gestohlen. Dies hat nicht nur monetäre sondern vor allem seelische Folgen für zumeist ältere Menschen. Der Friedhof ist ein Ort der Ruhe und daher sollte es ein Bestreben der Stadt sein, hier stichpunktartig für Sicherheit zu sorgen. Der Einsatz eines mobilen Sicherheitsteams von 4 bis 6 Personen wird dafür Sorge tragen, dass die Friedhofsruhe geschützt und Diebe abgeschreckt werden.

Wir würden es begrüßen, wenn die Stadtverwaltung die Kosten für eine solche Maßnahme errechnet. Danach sollte im Rat und im zuständigen Ausschuss, aber auch vor allem mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber diskutiert/gesprochen werden, ob man bereit ist, für einen solchen zusätzlichen Dienst eine Gebührensteigerung hinzunehmen. Die UB-P geht davon aus, dass dieser Dienst Kosten um 10 € pro Jahr verursacht.

Mit freundlichen Grüßen


Thomas Schmidt
(Fraktionsvorsitzender)